

NETZWERKE LOKALER ELITEN IN DER DDR 1970-1989

Annette Schuhmann

Innerhalb staatssozialistischer Gesellschaften war die Einbindung informeller Arrangements und Netzwerke in wirtschaftliche Planungs- und Leitungsprozesse eine Realität. Solche Netzwerke entstanden auch auf lokaler Ebene. Ihre zumeist in Betrieben, kommunalen Verwaltungen oder lokalen politischen Apparaten handelnden Akteure stellten die bestehenden Machtstrukturen und deren Anspruch auf eine straffe zentralistische Leitung nicht in Frage, jedoch trugen sie dazu bei, immer wieder auftretende politische und wirtschaftliche Steuerungsdefizite zu überbrücken, mitunter auch zu verschleiern oder sie zu kompensieren. Von der zeithistorischen Forschung sind Ursachen und Wirkungen der für zentralistisch aufgebaute Wirtschafts- und Politiksysteme charakteristischen Ineffizienz bereits aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet worden. Allerdings spielte dabei die Existenz von Personennetzwerken auf lokaler Ebene so gut wie keine Rolle. Doch gerade sie bildeten eine wichtige Voraussetzung für die alltägliche Funktionsfähigkeit des realen Sozialismus. Eine genauere Betrachtung stützt die These, daß lokale Netzwerke in der DDR sich in ihren grundlegenden Merkmalen kaum von jenen Netzwerken unterschieden, mit denen Unternehmen in Marktwirtschaften agieren. Die Akteure handelten außerhalb der zentral festgelegten Planabläufe. Oft reagierten sie spontan auf bestehende oder absehbare Mängel und suchten nach aus ihrer Sicht rationalen Lösungen. Diese standen freilich oft in Spannung zu den Intentionen und Rationalitätskriterien der zentralen Planung. Gleichwohl handelten diese lokalen Akteure nicht in Opposition zum Macht- und Gestaltungsanspruch der SED. Vielmehr bildeten ihre Netzwerke relativ effiziente Subsysteme innerhalb eines rigiden Herrschaftssystems. Das wirft die Frage auf, ob sich mit Hilfe lokaler Netzwerke auch quasi-unternehmerische Qualitäten entfalteten. Auch ist zu prüfen, wie die Machtelite mit diesem im Bereich der Funktionseliten anzutreffenden Phänomen umging. Dessen Stabilisierungseffekte waren offensichtlich größer als ihr Störungspotential. Hatte man es also mit einem stillen Einverständnis auf der politischen Führungsebene zu tun? Gingen von hier Impulse aus, die das Prinzip der zentralisierten Wirtschaftsplanung und Gesellschaftspolitik relativierten?

In der DDR hatten lokale Netzwerke in erster Linie kompensatorische und ausgleichende Funktionen, die vor allem dem Umfeld urbaner Zentren beziehungsweise großer Betriebe zugute kamen. Jenseits der Harmonisierungs-Rhetorik der Parteiführung, die eine Angleichung der vielfältigen Versorgungsdifferenzen zwischen Stadt und Land versprach, ist davon auszugehen, daß im Konfliktfall das Territorium hinter den Bedürfnissen des jeweiligen Industriezweiges zurückzustehen hatte. Vorrang hatte stets eine Planung, die sich an Industriezweigen und Kombinatn orientierte, nicht an Regionen. Es ist davon auszugehen, daß

positive Effekte für die Territorien in der Regel Mitnahmeeffekte der Entwicklung von Industriezweigen waren.

Für eine Analyse lokaler Netzwerke, die Teil einer bisher kaum beachteten Beziehungsebene zwischen Betrieb und Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung darstellen, haben sich neuere Studien zur Netzwerkproblematik als anregend erwiesen. In den bisher nachvollziehbaren lokalen Arrangements finden sich jene Charakteristika, wie sie auch im Rahmen der neueren Unternehmensforschung für die Beschreibung von Netzwerken verwendet werden. Dazu gehören beispielsweise ausgeprägte Fähigkeiten der Akteure zur Selbstkoordination, eine Bündelung von Kompetenzen über die eigene Institution hinaus, flexible und operative Kooperationsformen sowie das Zusammenfassen von Ressourcen und deren Verteilung mittels nichtvertraglicher Praxen über die Grenzen des Betriebes hinaus. Das Projekt „Lokale Netzwerke in der DDR“ knüpft mit seinen Fragestellungen an die Ergebnisse der neueren Netzwerkforschung an. Hier dienen Netzwerkanalysen u.a. dazu, Bedingungsfaktoren für die Effizienz und die Innovationsfähigkeit von Unternehmen und Branchen zu analysieren. Die Tatsache, daß Unternehmen nach außen nicht nur über Märkte, sondern auch über ein breites Spektrum an kooperativen Arrangements agieren, macht für eine Analyse der Erfolgsbedingungen eines Unternehmens die Untersuchung seiner externen Beziehungen notwendig. Die Ausgangsthese netzwerkökonomischer Ansätze lautet hier: Wenn Unternehmen in Netzwerken kooperieren, werden Ressourcen und Kompetenzen gebündelt, ohne daß dabei die Autonomie der Unternehmen in Frage gestellt wird.

Vor allem diese in der Regel positive Bewertung der externen Netzwerkbildung von Unternehmen und Branchen erklärt den aktuellen Boom netzwerkökonomischer Analysen der letzten Jahre. Kennzeichnend für fast alle Netzwerkanalysen ist, daß sie sich fast ausschließlich auf marktstrukturierte Wirtschaftssysteme konzentrieren. Nur wenige Autoren beziehen Betriebe beziehungsweise Branchen staatssozialistischer Gesellschaften in ihre Analysen ein. Vor allem mangelt es an konkreten Fallstudien.

Anknüpfend an die Forschungsergebnisse der neueren Unternehmensgeschichte sind unter den Bedingungen der DDR bestehende Kooperationsformen insbesondere von Betrieben und Kommunen mit Hilfe des Netzwerkbegriffs zu untersuchen. Solche Netzwerke, die in der Regel von Betrieben initiiert und gepflegt wurden, eröffneten flexible Zugänge zu knappen Ressourcen, die auf dem „offiziellen“ Weg nicht oder nur unter unverhältnismäßigem Aufwand zu beschaffen waren. Dabei unterschieden sich die Handlungsräume deutlich von denen, über die in Marktwirtschaften operierende Unternehmen verfügten. Dennoch, so die These, bildeten sich zwischen Betrieben und ihrem lokalen Umfeld auch in staatssozialistischen Gesellschaften ähnliche Netzwerkstrukturen heraus. Angesichts dieser Annahme ist zu fragen, wie und warum angesichts höchst unterschiedlicher Rahmenbedingungen und Zielfunktionen durchaus ähnliche Arrangements entstanden.

Lokale Netzwerke dieser Art entstanden nicht aus einem politisch alternativen Submilieu heraus. Zwar gestaltete sich der Interessenausgleich oft informell, jedoch handelten die Akteure ohne das politische System oder die planwirtschaftlichen Strukturen in Frage zu stellen. Aus ihrer Sicht ging es vielmehr um deren Optimierung auf der betrieblichen und lokalen Ebene. Solche Akteure, die mit einer relativ großen Chance auf eine „Verbesserung der Lage“ kooperierten, waren in der Regel Angehörige der betrieblichen und lokalen Funktionseliten. Relativ gut lassen sich derartige Netzwerkbildungen am Beispiel sogenannter Schwerpunktbetriebe fassen. Diese besaßen aufgrund ihres großen und relativ flexiblen Kultur- und Sozialfonds, ihrer Strukturdominanz und den zugeteilten Ressourcen oft größere Handlungsräume als die lokalen Verwaltungen. Die zwischen Betrieb und Kommune entstehenden Netzwerke waren nicht nur als Reaktion auf akute Versorgungsmängel zu erklären, etwa bei der Wohnraumbeschaffung für Beschäftigte, sondern sie wirkten ganz allgemein an der Schnittfläche betrieblicher und lokaler Interessen. Beispielsweise konnte es um die Pflege lokaler Traditionen, um den Nahverkehr oder auch um die Renovierung des örtlichen Kulturhauses gehen. Auch der Profilierung von Lokalpolitikern, wie Bürgermeister, Stadtverordneten oder Parteisekretären und des betrieblichen Managements konnten solche Netzwerke dienen. Ihre Dynamik und Effizienz erlangten sie also nicht nur aufgrund systembedingter Steuerungsdefizite, sondern auch vor dem Hintergrund einer durch lokale und persönliche Umstände bestimmten Motivlage. Den hier anknüpfenden Forschungsfragen geht das Projekt an zwei Fallbeispielen nach: dem Eisenhüttenkombinat Ost und der Maxhütte Unterwellenborn.